

Im Hinblick auf das Demokratieproblem ergeben sich im Zusammenhang mit der Integration zwei Postulate:

1. *Die Demokratisierung der EWG.* Dabei muß man sich allerdings davor hüten, nationale Schematas unbesehen auf die Gemeinschaft zu übertragen. Dies hieße deren «Sui-generis-Charakter» verkennen.⁹⁸ Kompetitive Strategien (Parteienwettbewerb und Mehrheitsentscheidungen) sind für das stark in «Subkulturen fragmentierte» Europa wenig geeignet; würden sie doch ständig die Gefahr des Auseinanderbrechens heraufbeschwören. Vielmehr gilt es, politische Konflikte durch kooperative Strategien des Aushandelns, von der Art des im westfälischen Frieden normierten Prinzips der «amicabilis compositio», beizulegen.⁹⁹ Dazu eignet sich der Rat besser als das europäische Parlament. Demokratisierung der EG heißt mit andern Worten nicht Verlagerung des Entscheidungsschwergewichts vom Rat auf das Parlament. Hingegen sollten dem Parlament zumindest jene Rechte eingeräumt werden, die zur Kontrolle von Entscheidungen nötig sind, welche von einer Demokratisierung der nationalen Außenpolitiken nicht erfaßt werden.¹⁰⁰
2. *Demokratisierung der Außenpolitik.* Im Rahmen der europäischen Integration wird das Entscheidungsschwergewicht wohl noch für längere Zeit beim Rat der EG verbleiben. Damit kommt dem Postulat der Demokratisierung der Außenpolitik zentrale Bedeutung zu. Da die Entwicklung prinzipieller Alternativen zur Regierungspolitik immer schwieriger wird, sollte man von der ex post Kontrolle vermehrt zur gleitenden Kontrolle¹⁰¹ oder gar zur ex ante Kontrolle¹⁰² übergehen. Die gesamte Regierungspolitik muß in vermehrtem Maße parlamentarisch fundiert werden. Als Mittel

⁹⁸ Vgl. Zeller W., Das Problem der Demokratie im System der Europäischen Gemeinschaften, in: Schweizer Monatshefte, 45. Jg. (1965/66), S. 793. In ähnlichem Sinne äußert sich u. a. auch Kaiser, Das internationale System der Gegenwart (Anm. 91), S. 354.

⁹⁹ Vgl. Zum Problem der Demokratie im internationalen System besonders Lehmbruch (Anm. 41), S. 144 ff. In Frage käme demnach für die EG eine Art von Konkordanzdemokratie. Vgl. Riklin (Anm. 97), S. 10 sowie Nassmacher K. H., Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1972.

¹⁰⁰ Konkrete Vorschläge in dieser Richtung wurden im Bericht der ad hoc-Gruppe für die Prüfung der Frage einer Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments (Bericht-Vedel) ausgearbeitet. (Beilage 4/72 zum Bulletin der Europäischen Gemeinschaften.)

¹⁰¹ Kaiser, Das internationale System der Gegenwart (Anm. 91), S. 349.

¹⁰² So forderte zum Beispiel Imboden den Einfluß des Stimmbürgers bereits im Stadium der Schwerpunktbildung der Planung, vgl. Imboden M., Helvetisches Malaise, in: Staat und Recht, Basel und Stuttgart 1971, S. 281.